

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 16. Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (P/016/2021)

am Mittwoch, 3. Februar 2021,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:45 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Annekatriin Klepsch

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kati Bischoffberger
Dr. Anja Osiander
Robert Schlick

CDU-Fraktion
Manuela Graul
Steffen Kaden
Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.
Anja Apel

Fraktion Alternative für Deutschland
Harald Gilke
Heiko Müller
Christian Pinkert

SPD-Fraktion
Vincent Drews

FDP-Fraktion
Robert Malorny

Fraktion Freie Wähler Dresden
Susanne Dagen

Stellvertretende Mitglieder
Magnus Hecht
André Schollbach
Torsten Schulze

Vertretung für Herrn Christopher Colditz
Vertretung für Leo Lentz
Vertretung für Frau Andrea Mühle

Abwesend:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Andrea Mühle

Fraktion DIE LINKE.

Christopher Colditz

Leo Lentz

Gäste:

Frau C. Squar

Herr Squar

Frau E. Squar

Anwohnerin

Anwohner

Petentin

Schriftführer/-in:

Frau Richter

15.11. SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 1 | e-Petition "Alaunstraße zur Fahrradzone" | P0035/20
beschließend |
| 2 | e-Petition "Wiedereröffnung der Fabrikstraße für den Rad- und Fußverkehr"/Petition "Schließung Fabrikstraße und Hofmühlensstraße" | P0046/20
beschließend |
| 3 | e-Petition "Radweg am Terrassenufer" | P0034/20
beschließend |
| 4 | e-Petition "Unterstützung der Kampagne 'Kein Staatsgeheimnis: Der Klima-Gebäude-Check!' seitens der Stadtverwaltung Dresden" | P0048/21
beschließend |
| 5 | e-Petition "Betrifft Wegfall der Parkplätze auf dem Terrassenufer" | P0049/21
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|------------|---|--|
| 6 | Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung | |
| 6.1 | E-Petition „Parkgebühren müssen bezahlbar sein“ | P0050/21
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 6.2 | E-Petition "Freilauf-Fläche für Hunde in der Dresdner Neustadt" | P0051/21
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 6.3 | Petition/E-Petition „Schließung des Krankenhauses Neustadt verhindern. Gesundheitsversorgung im Dresdner Norden sicherstellen!"/„Ablehnung des präferierten Zukunftsszenarios „Campus Konzept“ für das Städtische Klinikum Dresden (Schließung von 97 % stationärer Bereiche am Standort Neustadt/Trachau)“ | P0052/21
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 6.4 | E-Petition „Alkoholverbot Wiener Platz“ | P0053/21
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |

- 7** Posteingang - Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung zur Kenntnis

- 8** Sonstiges

öffentlich

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch eröffnet mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der form- und fristgemäßen Ladung die Sitzung.

Zur Tagesordnung:

Seitens der Mitglieder werden folgende Anträge gestellt, die Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch zur Abstimmung stellt:

1. Zu Tagesordnungspunkt 2, P0046/20, E-Petition „Wiedereröffnung der Fabrikstraße für den Rad- und Fußverkehr...“:

Herr Stadtrat Pinkert beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes, da die erste Lesung des Antrages A0146/20 zur selben Thematik im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften offen sei.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 16 / Nein 0 / Enthaltung 0

In dem Kontext verweist **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** auf die letzte Sitzung des Ausschusses, in der eine Anhörung zu der Petition stattgefunden habe. Sie habe prüfen lassen, wie damit umzugehen sei, wenn kein mehrheitlicher Beschluss zustande gekommen sei. Im Ergebnis sei festzustellen, da es für keine Variante eine Mehrheit gegeben habe, bleibe das Thema solange auf der Tagesordnung, bis sich eine Mehrheit gefunden habe. Oder der Ausschuss entscheide, das Thema nach Paragraph 11 Absatz 1a der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden in den Stadtrat zu heben.

2. Zu Tagesordnungspunkt 5, P0049/21, E-Petition „Betrifft Wegfall der Parkplätze auf dem Terrassenufer“:

Herr Stadtrat Müller beantragt Rederecht für die Petentin, Frau Squar.

Herr Stadtrat Drews erklärt, dass er eigentlich die Vertagung des Tagesordnungspunktes beantragen wollte, weil die Verwaltungsstellungnahme ausstehe. Deswegen könne heute weder diskutiert noch votiert werden. Da jedoch die Petentin anwesend sei, wolle er sie zunächst hören.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 16 / Nein 0 / Enthaltung 0

Der Ausschuss tritt in die so geänderte Tagesordnung ein.

1 e-Petition "Alaunstraße zur Fahrradzone"**P0035/20
beschließend**

Herr Stadtrat Drews verweist auf den sich parallel zu dieser Petition im Geschäftsgang befindlichen Antrag A0060/20 zur gleichen Thematik. Dieser Entscheidung des Stadtrates solle nicht vorgegriffen werden. Deshalb beantragt er die Vertagung der Petition, bis der Stadtrat über den Antrag entschieden habe.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Petition wird bis nach der abschließenden Behandlung des Antrages A0060/20, Novelle der StVO in Dresden schnell umsetzen, Verkehrssicherheit erhöhen, Radverkehr fördern, Verkehrsberuhigung in Wohngebieten ermöglichen, im Stadtrat vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

2 e-Petition "Wiedereröffnung der Fabrikstraße für den Rad- und Fußverkehr"/Petition "Schließung Fabrikstraße und Hofmühlensstraße"**P0046/20
beschließend**

Die Petition wurde zu Sitzungsbeginn vertagt.

3 e-Petition "Radweg am Terrassenufer"**P0034/20
beschließend**

Frau Stadträtin Bischoffberger stellt in Vertretung von Herrn Stadtrat Colditz den Beschlussvorschlag vor:

„Der Petition kann teilweise abgeholfen werden, weil auf der elbabgewandten Seite ein Schutzstreifen umgesetzt. Dem Petenten ist der Inhalt der Stellungnahme der Verwaltung zu übermitteln.“

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung die Antwort des Landesamtes für Straße und Verkehr (LASuV) bezüglich der grundsätzlichen Möglichkeit von Geschwindigkeitsbeschränkungen mit der Begründung nicht regelgerechter Radverkehrsanlagen zur Verfügung zu stellen sowie den Petenten über das Ergebnis zu informieren.“

Der Ausschuss tauscht sich zum weiteren Umgang mit der Petition aus – Vertagung oder Beschluss mit Bitten an die Verwaltung.

Herr Stadtrat Kaden spricht dafür, den Petenten über den Status quo zu informieren. In Abhängigkeit der Antwort des LASuV sollte dann operativ geschaut werden, inwieweit die Politik hier aktiv werde. Von Botschaften, die Hoffnungen wecken, die nicht erfüllbar seien, rät er dringend ab.

Herr Stadtrat Schulze macht auf die begrenzte Einflussnahme des Stadtrates aufmerksam, da es sich bei der Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele, wofür der Oberbürgermeister und nicht der Stadtrat zuständig sei.

Frau Stadträtin Apel spricht sich für den Abschluss der Petition aus, da ihr nur teilweise abgeholfen werden könne. Sie unterstützt den Beschlussvorschlag von Frau Stadträtin Bischoffberger.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bringt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition kann teilweise abgeholfen werden, weil auf der elbabgewandten Seite ein Schutzstreifen umgesetzt wird. Dem Petenten ist der Inhalt der Stellungnahme des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften zu übermitteln.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung die Antwort des Landesamtes für Straße und Verkehr (LASuV) bezüglich der grundsätzlichen Möglichkeit von Geschwindigkeitsbeschränkungen mit der Begründung nicht regelgerechter Radverkehrsanlagen zur Verfügung zu stellen sowie den Petenten über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 3

4	e-Petition "Unterstützung der Kampagne 'Kein Staatsgeheimnis: Der Klima-Gebäude-Check!' seitens der Stadtverwaltung Dresden	P0048/21 beschließend
----------	--	----------------------------------

Frau Stadträtin Bischoffberger unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Petition kann nicht abgeholfen werden. Dem Petenten ist der Inhalt der Stellungnahme des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften zu übermitteln.

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung dankt für den Impuls der Petenten.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Veröffentlichung der Energieausweise in Gebäuden, die die Landeshauptstadt nutzt, mittelfristig auf dresden.de, eventuell über Einbindung in den Themenstadtplan, vorzubereiten und umzusetzen.

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung bittet um einen Zwischenbericht Ende 2021.“

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch** stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden. Dem Petenten ist der Inhalt der Stellungnahme des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften zu übermitteln.

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung dankt für den Impuls der Petenten.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Veröffentlichung der Energieausweise in Gebäuden, die die Landeshauptstadt nutzt, mittelfristig auf dresden.de, eventuell über Einbindung in den Themenstadtplan, vorzubereiten und umzusetzen.

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung bittet um einen Zwischenbericht Ende 2021.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1

**5 e-Petition "Betrifft Wegfall der Parkplätze auf dem Terrassen-
ufer"**

**P0049/21
beschließend**

Frau Squar, der zu Sitzungsbeginn Rederecht erteilt wurde, bringt ihre Petition ein. (Das Referat wird der Petition beigelegt.)

Herr Stadtrat Schulze bemerkt, die ursprüngliche Situation wiederherzustellen, bedeute eine schwierige Situation für die Radfahrenden aufgrund der ungünstigen Oberfläche des neben der Straße entlangführenden Weges. Außerdem bestehe der Konflikt mit Zufußgehenden. Außerdem ende der Radschutzstreifen auf Höhe der Lothringer Straße, wo sich der Radfahrende in den Straßenverkehr einordnen müsse, was problematisch sei. Er bittet um Betrachtung des Sachverhalts aus Sicht der Radfahrenden, zumal die Verbindung im Radverkehrskonzept enthalten sei.

Frau Squar stellt fest, dass der parallel zur Straße verlaufende Weg sanierungsbedürftig sei. Schon jetzt sei das Benutzen des Weges mit einem Rollator oder Kinderwagen eine Herausforderung.

Herr Stadtrat Schulze meint sich zu erinnern, dass es sich um eine denkmalgeschützte Allee handele und auch die Bäume geschützt seien. Dies gelte es zu beachten. Die Verkehrssicherheit sei für die Radfahrenden auf dem früheren Geh- und Radweg ebenfalls nicht vorhanden. Diese Aspekte seien in die Erarbeitung einer Lösung einzubeziehen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch verweist auf die ausstehende Stellungnahme des zuständigen Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften. Sie rät dazu, der Diskussion nicht vorzugreifen. Falls Belange des Denkmalschutzes tangiert wären, rät sie, die zuständigen Fachämter – das Amt für Kultur und Denkmalschutz sowie das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft - um Stellungnahme zu bitten. **Herr Stadtrat Schulze** bittet darum.

Frau Squar ergänzt ihre Ausführungen mit dem Hinweis, dass die Straße früher in Kopfsteinpflaster ausgeführt gewesen sei, sodass es für Radfahrer sicherer gewesen sei, den Gehweg zu nutzen.

Auf die Rückfragen von **Herrn Stadtrat Malorny** antwortet **Frau Squar**, dass der Großteil der betroffenen Anwohner Mieter der Wohnungsgenossenschaft seien, deren Alter zwischen 71 und 81 Jahren liege. Es parken hauptsächlich Anwohner in dem Bereich und tagsüber auch Mitarbeiter und Besucher des Land- und Amtsgerichtes.

Herr Stadtrat Gilke fragt, wie viele Radfahrende den Radschutzstreifen auf dem Terrassenufer nutzen. Er verweist darauf, dass viele Radfahrende auch den nahen parallel verlaufenden Elbradweg nutzen.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch sagt zu, die Frage an den Geschäftsbereich zu übermitteln.

Auf die Fragen von **Herrn Stadtrat Gilke** informiert **Frau Squar**, dass wegen des Baus des Amtsgerichtes Garagen weggefallen seien, was die Parknot vergrößert habe. Seit der Anordnung des Radschutzstreifens seien außerdem vor dem Eingang des Amtsgerichtes drei öffentliche Parkplätze ersatzlos weggefallen. Stattdessen sei dort eine Anlieferzone geschaffen worden.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schließt die Beratung der Petition mit folgender Festlegung:

Festlegung:

Die Petition wird wegen der ausstehenden Verwaltungsstellungnahme einvernehmlich vertagt.

Der Oberbürgermeister wird um Folgendes gebeten:

- 1. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung bittet um Auskunft, wie viele Radfahrende den Radschutzstreifen auf dem Terrassenufer im Vergleich zum parallel verlaufenden Elbradweg nutzen.*
- 2. Es wird darum gebeten zu prüfen, falls das Stadtplanungsamt und das Straßen- und Tiefbauamt eine Umplanung der Radwegführung auf dem Terrassenufer vornehmen würden, inwieweit Belange des Denkmalschutzes bezüglich des Gehweges sowie des Baumbestandes tangiert werden.*

3. *Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung bittet um Positionierung der Verwaltung bezüglich der Vorschläge der Petentin:*
- a. gemeinsamer Geh- und Radweg wie im Radverkehrskonzept von 2017 angedacht*
 - b. stadteinwärtiger Gehweg → Umwandlung zum ausschließlichen Radweg*
 - c. Prüfung eines Parkraumkonzeptes für die Pirnaische Vorstadt*
- (Anlage - Referat aus der Sitzung vom 04.02.2021).*

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schließt den öffentlichen Sitzungsteil.

Annekatriin Klepsch
Vorsitzende

Manuela Richter
Schriftführerin

Harald Gilke
Stadtrat

Robert Malorny
Stadtrat